

iFijáte!

Nachrichten • Informationen • Berichte zu Guatemala

No. 482

Mittwoch, 6. April 2011

17. Jahrgang

Bedrohungen, Bestechungen und andere 'Nettigkeiten' bei guatemaltekischen Wahlen

Die Zeit der Wahlen in Guatemala rückt näher. Und mit der Scheidung des Präsidenten Colom von seiner Gattin Sandra, um ihr somit die Präsidentschaftskandidatur zu ermöglichen, kommt Guatemala auch wieder einmal in die hiesigen Medien. Diese Scheidung gehört zu den bekannten Skurrilitäten der guatemaltekischen Politik. Wahlen in Guatemala sind jedoch eine sehr ernsthafte Angelegenheit. Anders gesagt: Beim Kampf der Parteien um die Macht verstehen diese keinen Spass. Das ist nicht neu, geht aber neben den bunten und bisweilen wunderlichen Anekdoten über Parteien-Kooperationen (siehe im letzten ¡Fijáte! den Bericht über die Allianz von Nineth Montenegro und der Sektenpartei VIVA) und Spekulationen über mögliche KandidatInnen unter.

Das folgende Interview sowie der Artikel über Gewalt zwischen den Parteien und an JournalistInnen haben wir den Blogs der britischen Guatemala-Solidarität entnommen. Das Interview mit einem TV-Journalisten im Quiché wurde vom Knight Center für Journalismus in den Americas der Universität von Austin/Texas veröffentlicht. Die Frage stellt Summer Harlow. Der Interviewte, Héctor Cordero, arbeitet für den grössten privaten TV-Sender Guatemalas (und Mittelamerikas), Guatevisión. Über seine EigentümerInnen war im Internet nichts zu erfahren – einzig Wikipedia schreibt, dass er im Besitz des grössten Print-Verlags Mittelamerikas sei. Die umfangreiche Homepage verfügt nicht über ein Impressum.

Cordero, der auch Mitglied eines JournalistInnen-Netzwerks namens GuateDigital ist, das aus entlegenen Gebieten des Landes berichtet, hat seit einiger Zeit Todesdrohungen erhalten, da er über Nepotismus bei lokalen Kongressabgeordneten geschrieben hat.

Frage: Was sind die besonderen Herausforderungen, denen sich JournalistInnen in Wahlkampfzeiten gegenübersehen?

Héctor Cordero: Ich würde sagen, dass die grösste Herausforderung der Druck der politischen Parteien ist: jede will, dass die JournalistInnen nur über sie berichtet. Wenn sie das nicht tun, dann beginnen die Unannehmlichkeiten: man wird in seiner Berichterstattung kurz gehalten. Ich persönlich fürchte am meisten, mitten in einen gewaltsamen Streit zwischen zwei Parteien zu geraten. Die Kampagnen in Quiché werden gewalttätig, und je näher der Wahltag kommt, um so konfliktreicher wird es.

Frage: Ist dieser Wahlkampf im Vergleich zu vorherigen gewalttätiger?

H. C.: Ja. Es stehen viele Interessen auf dem Spiel. Die Berichterstattung über politische Ereignisse wird generell schwieriger und unsere Arbeit gefährlicher.

Frage: Können Sie ein Beispiel dafür geben, was JournalistInnen während der Wahlkampfzeiten erleiden? Was passiert in dieser Hinsicht in Guatemala?

H. C.: Wenn politische Parteien zum Beispiel nicht wollen, dass darüber berichtet wird, wie sie die Auswahl ihrer KandidatInnen organisieren, dann schliessen sie JournalistInnen einfach aus. Vor 14 Tagen (Mitte Januar 2011, die Red.) wurden wir aus dem Parteihauptquartier der UNE von zwei Bodyguards eines Abgeordneten herausgeschmissen, weil das Treffen privat sei. Oder es gibt Zusammenstösse zwischen Sicherheitskräften der KandidatInnen, weil die offizielle Kampagnen eigentlich noch nicht beginnen dürften, aber die Parteien im Quiché bereits damit begonnen haben. Und es wird unendlich viel Geld für diese Kampagnen ausgegeben, am Ende einer Pressekonferenzen begannen einige PolitikerInnen, die für den Kongress kandidieren, Geld zu verteilen. Quasi als Spesenvergütung für die JournalistInnen. Viele meiner KollegInnen nahmen das Geld an, und merkten nicht, dass sie damit gekauft werden sollten: falls die KandidatInnen Fehler machten, sollten die

JournalistInnen ein Auge zudrücken und nicht darüber berichten. Es ist nicht einfach, damit umzugehen. Gott sei Dank werde ich von der Nachrichtenredaktion von Guatevisión vorbehaltlos unterstützt. Die PolitikerInnen hüten sich, mir Geld anzubieten, weil sie wissen, dass ich das sofort publizieren würde. In diesem Zusammenhang möchte ich aber darauf hinweisen, dass die Verantwortung für diese Schmiergelder-Praxis bei den Massenmedien selbst liegt, insbesondere bei den grossen, die schlechte Löhne bezahlen und deren JournalistInnen entsprechend empfänglich für Bestechungen sind. Das soll keine Entschuldigung sein, aber PolitikerInnen nutzen es zu ihrem Vorteil, wenn sie zum Beispiel bei einer Veranstaltung, die an einem abgelegenen Ort stattfindet, den JournalistInnen Transportmöglichkeiten oder Benzin plus finanzielle Zulagen spendieren. Es ist aber ebenso wichtig zu betonen, dass nicht alle JournalistInnen solche Gelder annehmen.

Frage: Wie gehen Sie als Journalist mit all dem um? Was raten Sie anderen JournalistInnen?

H. C.: Unsere redaktionelle Vorgabe in der Nachrichtenredaktion von Guatevisión ist es, allen Parteien den gleichen Raum zu geben – und das machen wir auch. Was meine persönliche Sicherheit angeht, so verändere ich meine tägliche Verhaltensweisen, nehme unterschiedliche Routen auf dem Weg zur Arbeit, arbeite nicht in den späten Abendstunden, nehme keine Gelder an, um nicht jemandem verpflichtet zu sein, und achte auf die Sicherheit meiner Familie.

Frage: Was sagt dies aus über den Zustand des Journalismus, über den Zustand der Demokratie in Guatemala?

H. C.: Der Zustand der Demokratie in meinem Land und besonders in der Region, in der ich arbeite, ist besorgniserregend. Unsere Demokratie wird von den falschen Personen repräsentiert, und es gibt eine grosse Ernüchterung der Leute gegenüber den Wahlen. Warum? Die Reihenfolge der Listenplätze auf den Wahlzetteln für die Kongresswahlen und Bürgermeisterämter haben sich zu einem big business entwickelt. In Quiché kostet der erste Platz auf einem Wahlzettel für die Kongresswahl einer etablierten Partei bis zu 2 Mio. Quetzales (ca 250.000 \$), was bedeutet, dass nur reiche Geschäftsleute oder ehemalige Kongressabgeordnete, die mittels Regierungsgeldern reich wurden, sich das leisten können. Natürlich sind die Konsequenzen aus diesem Vorgehen desaströs, weil da Leute gewählt werden, die möglicherweise erfolgreiche Geschäftsleute sind, aber die keinerlei Ahnung von der Arbeit im Kongress haben. Das führt dann dazu, dass Leute, die nur unzureichend lesen oder schreiben können, plötzlich über irgendwelche Gesetze abstimmen müssen und dabei vergessen, was sie in ihren Wahlkampagnen alles versprochen haben. Irgendwann wird das alles zusammenbrechen, wenn es nicht tiefgehende Veränderungen im Wahlrecht und bei den politischen Parteien gibt, weil die Leute, die fähig für ein Amt wären, nicht mehr an der Politik teilnehmen, da die finanziellen Kosten für sie zu hoch sind. Es gibt Aussagen darüber, dass Drogenhändler Wahlkampagnen finanzieren, aber solange die Parteien nicht offenlegen müssen, woher sie ihr Geld bekommen, wird man auch nie erfahren, wer ihre Financiers letztendlich sind. Im Allgemeinen berühren JournalistInnen dieses Thema nicht, weil es hoch sensibel ist und weil ihre Familien dann in Gefahr sind.

Gemäss Prensa Libre vom 9. Februar erhielt Hector Cordero telefonische Todesdrohungen, die auch seine Familie mit einschlossen. Nach Aussagen von Guatevisión steht ein lokaler Abgeordneter der Regierungspartei hinter diesen Anrufen. Der Direktor des Kanals, Haroldo Sánchez, machte seine Unterstützung für Cordero öffentlich, indem er sagte: „Wen wir einem Politiker erlauben, Cordero zum Schweigen zu bringen, dann hat sich all das Engagement für einen prosperierenden, sich entwickelnden Quiché nicht gelohnt.“

Wie Prensa Libre berichtet, praktiziert nicht nur die Regierungs-, sondern auch die führende Oppositionspartei, die Patriotische Partei, derartiges. So hatten die beiden Journalisten Jorge Toledo und Norman Rodas von Canal 2 in Quiché gerade ihre Berichterstattung über eine Pressekonferenz der Patriotischen Partei am 15. Januar 2011 beendet, als sie von Personen gewaltsam angegriffen wurden, die sich – nach Angaben von Cerigua - als PR-MitarbeiterInnen der Partei herausstellten. Nach einem Bericht der Prensa Libre habe einer der beschuldigten Angreifer, Edgar Girón, die Reporter tätlich angegriffen, da diese ihm während der Pressekonferenz nicht einen bevorzugten Platz für sein Filmequipment gegeben hatten. Mit seinem Dreifuss habe er Toledo geschlagen. Rodas versuchte zu intervenieren, wurde jedoch von Éricka Marroquín, einem andere PP-Mitglied angegriffen. Gemäss Cerigua musste Rodas ins Krankenhaus gebracht werden, wo er mit acht Stichen am Kopf genäht werden musste. Girón hingegen verbleibt unter Hausarrest, berichtet Prensa Libre.

Während die Parteien auf dem Lande sich teilweise bis aufs Blut bekämpfen, berichtet Barbara Schieber von der Guatemala Times in einem Artikel in schwarzmalerscher Weise über die Illegalität und Immoralität des Wahlprozesses in Guatemala:

Fehlende Transparenz der Parteienfinanzierung

Das Gesetz über politische Parteien in Guatemala ist veraltet; es weist eine ganze Reihe von Mängeln auf, die es verunmöglichen, die Einnahmen der Parteien seriös zu überprüfen. Da grosse Mengen an Bargeldtransaktionen möglich sind, entsprechen die Abrechnungen, die die Parteien führen müssen, um dem Gesetz Genüge zu tun, nicht der Realität ihrer Finanzen. Die Frist, zu der die Parteien ihre aktuellen Finanzberichte hätten öffentlich machen sollen, verstrich, ohne dass irgendeine Partei einen solchen vorgelegt hätte, auch nicht die Regierungspartei UNE. Aus meiner Sicht ist dies der schwerwiegendste und beunruhigendste Verstoss gegen das Parteiengesetz. Geld ist der entscheidende Faktor bei dieser wie bei jeder Wahl. Die Nicht-Bekanntgabe der Finanzquellen der Parteien ist die grösste Gefahr für die guatemaltekische Demokratie. (...) Aus unserer Sicht haben alle politischen Parteien in Guatemala eine Vielzahl von illegalen und unmoralischen Taten begangen. Es gibt keine „besseren“ politischen Parteien, nur „weniger schlechte“. Sie haben keine Ideologie – ausser ihren Machtanspruch. Links und Rechts gibt es nicht mehr, es geht nur noch um „Macht um der Macht willen“. Es ist ein Kampf um die wirtschaftlichen Ressourcen des Landes. Die Wahlen sind der Vorwand, um klarzustellen, wer das wenige, das Guatemala hat, kontrollieren kann. Demokratische Prinzipien haben damit nichts zu tun.

Kommentar Stephan Brües (¡Fijáte!-Redaktion): Schreiber hat sicher weitgehend recht in ihrer grundsätzlichen Analyse. Dennoch erscheint das Parteien-Bashing etwas zu schwarz-weiss. Wenn es auch nicht viele ideologische Unterschiede zwischen den Parteien gibt, so finden sie sich jedoch. Selbst noch so kümmerliche Sozialprogramme, Dialoge mit Zivilgesellschaft oder ähnliches sind für die Menschen, die von ihnen profitieren, besser als nichts. Irgendwelche Gesetze sind besser als gar keine, selbst wenn sie nicht immer eingehalten werden, denn deren Einhaltung kann von einer – durchaus vorhandenen – nationalen und internationalen kritischen Öffentlichkeit stetig eingefordert werden. Und selbst wenn die URNG/MAIZ viel Phrasenhaftes in die Welt setzt, so ist sie doch eine linke Partei – und hat genau deshalb keine Wahlchancen.

Die präsidentiale Scheidung

Drei Tage bevor Sandra Torres, Noch-Ehefrau von Präsident Alvaro Colom, ihre Teilnahme an den Präsidentschaftswahlen vom kommenden 11. September bekanntgab, reichten sie und Alvaro die Scheidung ein. Damit will sie die guatemaltekische Verfassung umgehen, die es Blutsverwandten bis zum 4. Grad und Verschwägerten bis zum 2. Grad eines Präsidenten verbietet, zu kandidieren. Die Scheidung geschehe in gegenseitigem Einverständnis, betonen beide, und sie wollten damit Sandra Torres „Menschenrecht zu wählen und gewählt zu werden“ garantieren.

In einem Land wie Guatemala, das Moral predigt und Doppelmoral lebt, und dessen Bevölkerung in Telenovelas Ablenkung vom realen Leben sucht, ist die Nachricht vom der präsidentialen Scheidung natürlich ein gefundenes Fressen, und **alle** haben eine Meinung dazu. Bei Medienumfragen auf der Strasse oder im Internet verurteilt die Mehrheit der Bevölkerung die Scheidung des Präsidentenpaars aus moralischen Gründen. Politische Gegner hingegen sehen sie als eine Form von Wahlbetrug. Auch die Kirche zeigt sich entrüstet, wobei Bischof Ramazzini aus San Marcos einen pragmatischen Umgang mit dem Thema hat: Er sei erstaunt über dieses Vorgehen und die Kirche akzeptiere eine Scheidung nicht. Aber diese Nicht-Akzeptanz beziehe sich nur auf Ehen, die kirchlich getraut seien und betreffe Colom und Torres insofern nicht, als sie bloss zivil getraut seien ...

Beim zuständigen Familiengericht wurden sofort Anfechtungen der Scheidung eingereicht, mit der Begründung, dass damit das Verfassungsgesetz umgangen werden soll. Tatsächlich ist es so, dass in der Scheidungsurkunde ein Grund für die Scheidung angegeben werden muss. Die Colom-Torres haben nun zwei Möglichkeiten: Entweder sagen sie, dass sie sich nicht mehr lieben, womit sie die Scheidungsrichterin anlügen, denn beide beteuerten öffentlich, dass „ihre Liebe stärker ist als die Institution Ehe“. Oder aber sie geben den wirklichen Grund an, nämlich die Ermöglichung einer Präsidentschaftskandidatur von Sandra, was wiederum gemäss Zivilgesetzbuch kein Scheidungsgrund ist und angefochten werden kann.

Am Freitag, 1. April, hätte das Familiengericht einen Entscheid fällen sollen. Morgens um halb acht Uhr erhielt die mit dem Fall beauftragte Richterin Mildred Roca eine telefonische Morddrohung von „einem Verfechter der Verfassung“. Falls sie die Scheidung zuliesse, würde ihre Familie die Konsequenzen tragen müssten, warnte eine männliche Stimme. Daraufhin wurde die Bekanntgabe des Entscheides auf Montag, 4. April, verschoben und eine erste Einsprache gegen die Scheidung abgelehnt. Bis Redaktionsschluss war noch nicht bekannt, ob das Präsidenten-Ehepaar sich nun scheiden lassen darf oder nicht ...

Winaq' nun als politische Partei

Guatemala, 23. März. Die von Rigoberta Menchú gegründete indigene Bewegung Winaq' erhielt vom Obersten Wahlgericht (TSE) die Bestätigung, als politische Partei an den Präsidentschaftswahlen teilnehmen zu können.

Insgesamt sammelte Winaq' 65.000 Unterschriften, die diesen Schritt ermöglicht haben. Laut Menchú war dies kein einfaches Vorhaben, da in Guatemala unzählige juristische und technische Hindernisse existieren, die das Gründen einer politischen Partei erschweren. Abzuwarten bleibt, wie hoch die Wahlchancen dieser neuen Partei sein werden, nachdem Winaq' bei den Wahlen 2007 (damals im Verbund mit Encuentro por Guatemala) nur knapp 6% der Wahlstimmen auf sich vereinen konnte .

Ex-Innenminister Salvador Gándara verhaftet

Guatemala, 23. März. Nachdem dem aktuellen Bürgermeister von Villa Nueva und Ex-Innenminister Salvador Gándara am 8. März dieses Jahres die Immunität entzogen wurde, gelang nun seine Festnahme.

Er wird beschuldigt, insgesamt 1,7 Millionen Quetzales, Gelder der Gemeinde Villa Nueva, im Jahr 2005 veruntreut und sie auf private Konten von Mitgliedern seiner Familie überwiesen zu haben. Des weiteren sollen Fahrzeuge, die eigentlich für den Justizsektor bestimmt waren, von Gándara privat genutzt wurden sein.

Trotz dieser Unstimmigkeiten wurde er 2008 wieder gewählt und schaffte es 2009 sogar zum Innenminister – für ein paar Monate. Nun allerdings holt ihn seine Vergangenheit ein, und er hat sich jetzt gerichtlich zu verantworten. Nach Raúl Velásquez ist Gándara der zweite ehemalige Innenminister der Regierungszeit Colom, der hinter Gittern sitzt. Auch Velásquez ist der Geldhinterziehung angeklagt.

Anklage gegen Otto Pérez Molina im Fall Bámaca

Guatemala, 23. März. Jennifer Harbury, die Witwe des verschwundenen Guerilla-Führers Efraín Bámaca, reichte Klage gegen Otto Pérez Molina ein, nachdem der Staat Guatemala dem Beschluss des Interamerikanischen Gerichtshofes der Menschenrechte, den Fall neu aufzurollen, nicht nachgekommen ist. Harbury besitzt Dokumente, die Pérez Molina für das Verschwinden von Bámaca verantwortlich erklären und bis dato in Guatemala nicht publik waren.

Momentan sehen Molinas Pläne allerdings anderes als eine Gerichtsverhandlung vor. Er kandidiert mit seiner Patriotischen Partei für die Präsidentschaft. So gab er sich unwissend und erklärte: „Ich weiss nicht, auf was sie (Jennifer Harbury) sich stützt. Dies ist ein Fall, der bisher überhaupt nicht vorangekommen ist. Was uns besonders auffällt, ist der Moment, der gewählt wurde – ein Monat vor der Veröffentlichung der offiziellen Präsidentschaftskandidaten. Da muss ein politisches Motiv dahinter stehen.“

Neben Otto Pérez Molina wurden Jorge Roberto Perussina, Héctor Barrios Celada, Ismael Segura Abularach, César Corzantes, Luis Alberto Gómez, Gregorio Ávila, José Víctor Cordero, Ismael Salvatierra, Irineo Ortiz und René Jiménez angezeigt. Sie alle sollen am Verschwindenlassen von Bámaca beteiligt gewesen sein.

Auslieferungen?

Guatemala, 31. März. Gegen Javier Figueroa liegt seit 2010 ein Haftbefehl vor, da er der illegalen Vereinigung und der aussergerichtlichen Hinrichtung von mindestens zehn Gefängnisinsassen beschuldigt wird. Zu dieser Zeit war er Subdirektor der Polizeilichen Dienststelle für Kriminelle Ermittlungen.

Guatemala beantragte nun die Auslieferung Figuroas. Dieser genießt seit 2007 politisches Asyl in Österreich. Die Regierung von Österreich muss nun entschieden, ob sie der Anfrage nach Auslieferung statt gibt.

Ebenso sind in den Fall aussergerichtlicher Hinrichtung und illegaler Vereinigung Carlos Vielmann (ehemaliger Innenminister), Erwin Sperisen (Ex-Polizeidirektor) und Alejandro Giammattei (ehemaliger Chef des Gefängnisystems) verstrickt sowie 15 weitere Personen. Sie sollen eine Struktur gebildet haben, die vom Innenministerium aus Verbrechen begangen hatte.

Im Fall Giammattei entschied das Verfassungsgericht am 30. März, dass er nicht für aussergerichtliche Hinrichtungen gerichtet werde, sondern ausschliesslich der illegalen Vereinigung angeklagt sei.

Ein weiterer Auslieferungskandidat steht zur Zeit in Spanien im Verhör. Aber auch hier ist es noch unklar, ob er es bis nach Guatemala schaffen wird. Ex-Innenminister Carlos Vielmann, der am 13. Oktober 2010 in Madrid

verhaftet wurde (und anschliessend freigelassen, weil Guatemala es nicht schaffte, innerhalb von 40 Tagen seine Auslieferung zu beantragen, dann wieder verhaftet, da die CICG ihn in Spanien wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit anzeigte), muss vor dem Obersten Spanischen Gericht aussagen und sich bezüglich des Tods von 7 Gefängnisinsassen im September 2006 verteidigen. Die Nationalaudienz wird dann über eine mögliche Auslieferung entscheiden. Dazu hat Vielmannganghohe Zeugen geladen wie z.B. Ex-Präsident Oscar Berger oder dessen damaligen Vize Eduardo Stein. Berger ist zur Verhandlung nicht erschienen. Und Stein sagte (natürlich) aus, dass es nie einen Plan zur Ermordung der Gefangenen gegeben habe. Ausserdem sei es die CICIG gewesen, die den Fall untersuchte, und Vielmanngang einer derjenigen, die am meisten dazu beigetragen hätten, diese Institution zu etablieren.

Ausser seiner Unschuld gab die Verteidigung Vielmanngangs weitere Gründe für eine Nichtauslieferung an: Vielmanngang besitze die spanische Staatsbürgerschaft und stehe zur Zeit wegen gleicher Anschuldigungen in Spanien einem strafrechtlichen Prozess gegenüber.

¡Fijáte!

<http://fijate.guatemala.de>

Redaktion:

Stephan Brües – stephan.bruees@arcor.de

Barbara Müller – barbara-m@bluewin.ch

Wiebke Schramm – wibsc@gmail.com

Erscheint vierzehntäglich

Nachdruck mit Quellenangabe erwünscht

Herausgegeben von

Schweiz:

Verein ¡Fijáte!

2502 Biel

PC: 30-516068-6

Deutschland und Österreich:

Solidarität mit Guatemala e.V.

Postbank Karlsruhe

BLZ: 660 100 75

Kto. -Nr.: 32 95 01-751

Abos:

¡Fijáte!

Barbara Müller

Ankerstrasse 16

8004 Zürich

barbara-m@bluewin.ch

E-Mail-Abo: Fr. 85.-

¡Fijáte!

Christian Hagmann

Am Bahnhof 6

78315 Radolfzell

fijate@web.de

E-Mail-Abo: Euro 50.-